



PROF. DR. HANS-PETER MAYER
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Pressemitteilung

23.02.2006

Europamayer informiert:

EU-Strukturmittel für Deutschland

Deutschland wird in der nächsten Förderperiode 2007 bis 2013 etwa 23 Mrd. Euro europäische Strukturgelder erhalten, wobei der Löwenanteil mit etwa 14 Mrd. Euro in die neuen Bundesländer geht, teilte der Europaabgeordnete Prof. Dr. Hans-Peter Mayer am Dienstag aus Brüssel mit. Entgegen der Absicht der früheren rot-grünen Bundesregierung bliebe die Unterstützung in den alten Bundesländern erhalten.

Für die Zielsetzung „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ stellt die EU etwa 9 Mrd. Euro zur Verfügung. Das entspricht in etwa der Summe der aktuellen Förderperiode von 2000 bis 2006. Mayer erklärte jedoch, daß eine detaillierte Verteilung zwischen den Bundesländern allerdings noch nicht vorliegt, sondern im Augenblick beraten und verhandelt wird. Wichtig sei, dass die bisherige Fördergebietskulisse aufgehoben wurde. Bisher war es die Kommission, die festgelegt hat, welche Gebiete Fördermittel erhalten dürfen. In Niedersachsen waren dies beispielsweise Gebiete aus den Regionen Braunschweig, Hannover, Weser-Ems und Lüneburg. Nur in diesen exakt abgegrenzten Gebieten durften die europäischen Fördergelder für Projekte eingesetzt werden.

Ab 2007 obliegt es den Bundesländern, selbst zu entscheiden, welche Gebiete gefördert werden können oder ob dies etwa im gesamten Bundesland möglich ist, erläuterte der Europaabgeordnete. So ist es zum Beispiel möglich, Ausschreibungen zu bestimmten Themenbereichen für ein Bundesland zu veröffentlichen und die aussichtsreichsten Projekte dann auszuwählen, wie dies bereits bei der Vorauswahl für die Fördergebiete von LEADER-Plus gemacht wurde.

Mayer erklärte, daß es nach den Zielvorgaben der EU neben Förderung von Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit auch ausdrücklich wachstumsorientierte Strategien geben soll. Dies eröffnet interessante neue Perspektiven, so etwa eine Verknüpfung von regionalpolitischen und forschungspolitischen Ansätzen auch in solchen Regionen, die bisher nicht Fördergebiet sind oder die Förderung von Einzelprojekten außerhalb traditioneller Fördergebiete, so der Jurist.

Auch die Unterstützung der so genannten „Territorialen Zusammenarbeit“ von 2007 bis 2013 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Mittelvolumen, wie Mayer erläuterte. Dies gelte vor allem für direkte grenzüberschreitende Projekte, wie zum Beispiel die Ems-Dollart-Region. Deutlich eingeschränkt habe die EU hingegen die Förderung transnationaler Projekte und den Erfahrungsaustausch.

Hinsichtlich der Unterstützung der „Territorialen Zusammenarbeit“, konnte sich die CDU/CSU durchsetzen, betont Mayer. Diese Mittel sollen nun allen deutschen Grenzregionen zur Verfügung stehen und sie nicht nur auf die Grenzregionen der neuen Bundesländer zu beschränken. In diesem Bereich seien aber in den jetzt anstehenden Verhandlungen zwischen Parlament und Ministerrat noch verschiedene Fragen zu klären, bspw. die Zulässigkeit der privaten Mitfinanzierung neben der öffentlichen auch in den alten Bundesländern, die Einbeziehung des Mehrwertsteueranteils in die Projektförderung auch in den alten Bundesländern sowie der Ausschluss von EU-Subventionen zur Unternehmensverlagerung innerhalb der EU.